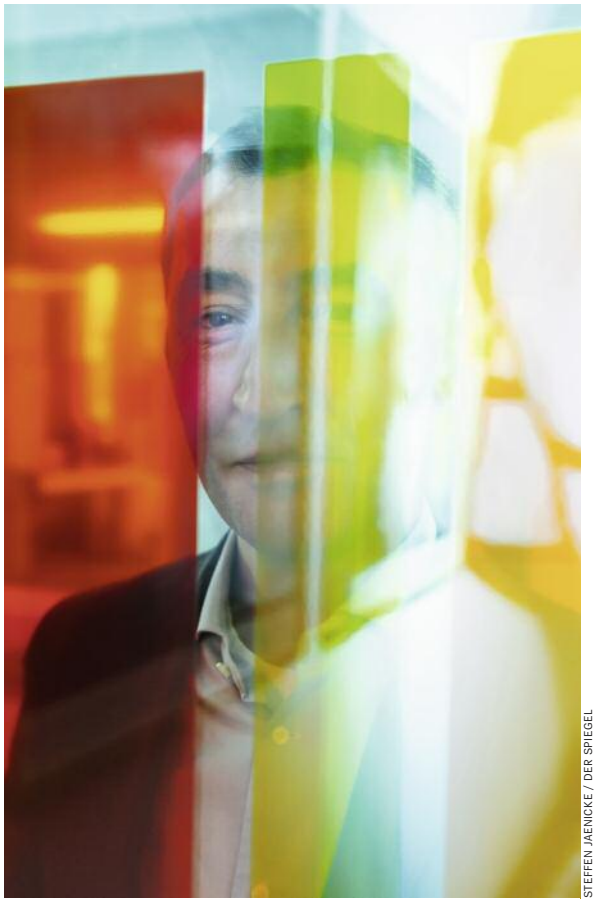
„Ich war der Außenseiter“

Grüne Parteichef Cem Özdemir, 51, über die Lehren aus den verlorenen Landtagswahlen, die Kritik an ihm als Spitzenkandidat und die richtige Antwort auf Trumps Klimapolitik

SPIEGEL: Die Grünen sind in Umfragen von 13 Prozent im November auf aktuell 7 Prozent gefallen. Die FDP hat sich im selben Zeitraum von 5 auf 10 Prozent verdoppelt. Was macht Christian Lindner richtig, was machen Sie falsch?
Özdemir: Wir liegen mit der FDP gleichauf, genau wie mit AfD und Linken. Nun konkurrieren wir um Platz 3.
SPIEGEL: Also alles bestens, Sie haben alles richtig gemacht?
Özdemir: Ich hätte den falschen Job, wenn ich mich damit zufriedengeben würde. Aber bis September kann sich noch alles drehen.
SPIEGEL: Die Grünen haben nicht nur mäßige Umfragewerte, die Partei hat auch bei den jüngsten Landtagswahlen schlecht abgeschnitten.
Özdemir: Wir haben eine Wahl gewonnen, in Schleswig-Holstein. Und eine verloren, in Nordrhein-Westfalen.
SPIEGEL: Im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern sind die Grünen aus dem Landtag geflogen.
Özdemir: Ja. Und in Baden-Württemberg stehen wir nach wie vor sehr gut da. Aber wir ziehen aus den Wahlen unsere Lehren. In Nordrhein-Westfalen wollten wir bei der Bildungspolitik zu viel auf einmal. Am Erfolg in Schleswig-Holstein sieht man dafür, dass es nicht an unseren Themen lag, die angeblich ja „out“ sind.
SPIEGEL: Es liegt also an den Personen?
Özdemir: Es liegt an einer Mischung: an den wahrgenommenen Problemen des Landes, an den Inhalten, an den Personen und daran, wie man diese Inhalte rüberbringt.
SPIEGEL: Eine mögliche Erklärung für die gesunkenen Umfragewerte ist Ihr Mantra der Eigenständigkeit. Dadurch weiß der potenzielle Grünen-Wähler nicht, ob er am Ende Martin Schulz oder Angela Merkel ins Kanzleramt hilft.
Özdemir: Wenn alle Parteien sagen, mit wem sie nicht regieren wollen, geht am Ende nur die Große Koalition. Das kann doch nicht unser Ernst sein, das wäre Politikverweigerung. Wir muten den Menschen etwas zu, wenn wir ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf gehen. Genau deshalb sagen wir den Wählern verbindlich, was sie bekommen, wenn sie Grün wählen, allem voran einen klaren Plan für die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft – egal in welcher Koalition.
SPIEGEL: Die Urwahl hat mit Ihnen und Katrin Göring-Eckardt ein Spitzenduo hervorgebracht, an dem es viel Kritik gibt: zu wenig angriffslustig, zu wenig profiliert, heißt es. Und auf dem linken Flügel sehen sich viele nicht repräsentiert.
Özdemir: Viele? Davon kann keine Rede sein. Wenn man die Ergebnisse von Katrin Göring-Eckardt, Robert Habeck und mir zusammenzählt, dann wollen mehr als zwei Drittel der Mitglieder den Kurs, für den wir stehen.
SPIEGEL: Bei Katrin Göring-Eckardt hatten die Mitglieder doch gar keine andere Wahl, sie war die einzige Kandidatin.
Özdemir: Das war bei Jürgen Trittin 2013 auch nicht viel anders. Bei den Männern gab es diesmal aber mit Toni Hofreiter einen starken linken Bewerber. Im Prinzip haben alle Basisentscheide der Vergangenheit gezeigt, dass unsere Mitglieder einen pragmatischen Kurs richtig finden. Also einen, der Radikalität nicht mit Relevanz verwechselt.
SPIEGEL: Für Sie persönlich ist es nicht gerade ein Vertrauensbeweis, dass ein Außenseiter wie Robert Habeck nur 75 Stimmen hinter Ihnen lag, also 0,2 Prozentpunkte.
Özdemir: Robert war für mich kein Außenseiter, in der Partei schon gar nicht. Er war stellvertretender Ministerpräsident, er hat viel Unterstützung aus den Ländern bekommen, er hat sein Herz am rechten Fleck. Als ich angetreten bin, fühlte es sich für mich eher so an, als wäre ich der Außenseiter.
SPIEGEL: Bitte? Sie waren schon Parteichef.
Özdemir: Das bedeutet nicht, dass man automatisch Rückenwind hat. Den Charme des Neuen hatte ich nun mal nicht auf meiner Seite. Und ich habe mir auch nicht mit jeder Position Freunde gemacht, etwa als ich sagte, dass man den Terror des IS nicht mit der Yogamatte bekämpfen kann. Ich habe gegen einen der stärksten Kandidaten gewonnen, die die Partei zu bieten hatte.
SPIEGEL: Vergangene Woche haben Sie den sogenannten Zehn-Punkte-Plan für grünes Regieren vorgestellt, der wenig konkret ist. Forderungen wie die Vermögensteuer zum Beispiel fehlen.
Özdemir: Subventionen für Spritfresser zu beenden finde ich sehr konkret. Ebenso unser Vorhaben, die E-Mobilität anzukurbeln. Wenn Sie aber danach suchen, was nicht drin ist, werden Sie noch mehr finden. Man kann natürlich auch zehn Punkte ankündigen und nachher fünfzig daraus machen, indem man zu jedem Punkt noch mal fünf Unterpunkte hat. Genau das wollten wir nicht. Und die Vermögensteuer steht ja im Parteiprogramm.
SPIEGEL: Das heißt, dass Sie mit der Vermögensteuer Wahlkampf machen werden?
Özdemir: Das heißt, dass sie im Programm ist und gilt.
SPIEGEL: Ihr Plan wirkt sehr brav.
Özdemir: Ich bitte Sie! Also, wenn unsere Forderung, 20 Kohlekraftwerke sofort abzuschalten, brav ist, dann weiß ich nicht, was mutig ist. Genauso beim Verkehr. Wir sind die Einzigen, die klar sagen, wir wollen so schnell wie möglich weg vom fossilen Verbrennungsmotor. Auch weil wir



STEFFEN JAENICKE / DER SPIEGEL

Wahlkämpfer Özdemir: „Gegen einen der Stärksten gewonnen“

wissen, dass an der Autoindustrie 800 000 Jobs hängen. Davon wird keiner übrig bleiben, wenn man wie Dobrindt den Verbrennungsmotor zum Heiligtum erklärt.

SPIEGEL: Sowohl beim Ausstieg aus der Kohle als auch beim Verbrennungsmotor fehlen die Jahreszahlen, bis wann das geschafft werden soll.

Özdemir: Die stehen doch im Wahlprogramm. Wir werden in keine Koalition gehen, ohne dass die Verkehrswende, die Agrarwende, die Energiewende verbindlich in Angriff genommen werden. Das können wir gar nicht anders, das ist Teil unserer DNA.

SPIEGEL: Vor der vergangenen Bundestagswahl durften noch die Mitglieder die wichtigsten Punkte für den Wahlkampf auswählen. Nun haben das die Spitzenkandidaten erledigt. Hat sich die Basisdemokratie nicht bewährt?

Özdemir: Die Mitglieder haben die Spitzenkandidaten gewählt. Auf dem Parteitag werden sie über das Programm und die zehn Punkte abstimmen. Und am Ende werden die Mitglieder darüber entscheiden, ob wir in die Regierung gehen sollen. So viel Basisbeteiligung finden Sie bei keiner anderen Partei.

SPIEGEL: Eines der wichtigsten Umweltthemen ist die Klimapolitik. Trump hat das Pariser Abkommen aufgekündigt: Wie sollte die Kanzlerin darauf reagieren?

Özdemir: Glaubwürdig ist man, wenn man nicht nur Klimakanzlerin der Überschriften ist. Seit 2009 gehen die CO_2-Emissionen nicht runter, so lange hat Angela Merkel geschlafen. Nun reicht uns Macron die Hand für eine Klima-Union, das ist eine große Chance, da müssen wir vorangehen. Und wir sollten unsere eigenen Abkommen mit US-Bundesstaaten treffen.

SPIEGEL: Wie genau soll das funktionieren?

Özdemir: Solch ein Klimaschutzpaket sollte den höchstmöglichen Grad an Verbindlichkeit haben. In so einer neuen Lage müssen wir auch neue Wege gehen und bei Bundesstaaten Partner suchen. Kalifornien ist ambitioniert beim Klimaschutz und zugleich sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt. Gemeinsam können wir da viel erreichen, wenn wir entschlossen sind. Die USA bestehen nicht nur aus Trump. Aber Merkel hat offensichtlich keinen Mut, sich gegen die Klimaskeptiker und die Mini-Trumps in den eigenen Reihen durchzusetzen.

SPIEGEL: Profitieren die Grünen eigentlich von Trump, weil das Thema Klima jetzt wieder auf der Tagesordnung ist?

Özdemir: Ich könnte auf den Irrsinn, der aus dem Weißen Haus kommt, gut verzichten. Aber da es jetzt nun einmal so ist, sollten wir die Gelegenheit auch nutzen, um Klimaschutz und ein vereintes Europa auf die Agenda zu setzen.

Interview: Christiane Hoffmann, Ann-Katrin Müller

Gabe aus der Schweiz

AfD Seit vielen Monaten erhält die Partei Schützenhilfe von einer PR-Firma aus dem Kanton Zürich. Nun lässt sich erstmals eine konkrete Zahlung nachweisen.

Als Marcus Pretzell die Bühne betritt, liegen anstrengende Wochen hinter ihm. Der Landeschef der AfD Nordrhein-Westfalen hat in aller Stille eine Allianz mit der rechten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) ausgeheckt. Das neue Bündnis soll nun öffentlich besiegelt werden, und der Europaabgeordnete Pretzell hat dafür eine Halle organisiert, das Programm entworfen und die Finanzierung gestemmt.

An diesem 13. Februar 2016 ist es so weit: Im Düsseldorfer Kongresszentrum feiern AfD und FPÖ ihre Verbrüderung. Hinter Pretzell auf der Bühne blinken die Logos der beiden Parteien, vor ihm in der ersten Reihe sitzt seine Parteichefin – und spätere Gattin – Frauke Petry mit FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache. Rund tausend Besucher sind angereist, um Pretzells Festrede über „Visionen für Europa“ zu hören.

Bis heute, ein gutes Jahr später, rätseln viele Parteifreunde, wie Pretzell das Event finanzierte. Ein Großteil des Geldes kam weder von der Partei noch von seiner damaligen EU-Fraktion. Laut Unterlagen, die der SPIEGEL und die französische Onlinezeitung „Mediapart“ einsehen konnten, bezahlte die Schweizer Werbeagentur Goal AG genau 28 037,60 Euro für das Treffen – und damit mehr als drei Viertel der Rechnung über circa 36 000 Euro.

Die beiden AfD-Politiker können sich als Stars der europäischen Rechten in Szene setzen.

Dass die Goal AG den deutschen Rechtspopulisten diskrete Wahlkampfhilfe leistet, ist bekannt (SPIEGEL 37/2016). Doch jetzt wird zum ersten Mal offenbar, dass die PR-Firma aus dem Kanton Zürich einen hochrangigen AfD-Politiker direkt mit einer größeren Summe unterstützt hat.

Die Gabe aus der Schweiz hilft natürlich auch der Partei. Die Auftritte der Spitzenpolitiker und das große mediale Echo des Düsseldorfer Events könnten als geldwerter Vorteil für die AfD betrachtet werden – das macht den Deal aus Sicht des Parteienrechts brisant. „Es könnte sich hier um eine vom Parteiengesetz verbotene Strohmann-Spende an die AfD handeln“, sagt die Konstanzer Parteienrechtsexpertin Sophie Schönberger. Pretzell weist solche Vorwürfe entschieden zurück.

Der Fall beginnt im November 2015. In jener Zeit ist Pretzell Mitglied der gemäßigteren Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) im EU-Parlament, der auch die britischen Tories und die polnische Regierungspartei PiS angehören. Im Namen der Fraktion suchen Pretzell und sein Mitarbeiter Sven Tritschler eine Halle für ihren Populisten-Gipfel. In Düsseldorf werden sie fündig, freilich ohne dem Kongresszentrum mitzuteilen, was genau sie planen.

Anfang Januar 2016 unterschreibt Pretzell den Vertrag mit der Düsseldorf Congress Sport & Event GmbH. Teil der Abmachung ist eine Vorauszahlung über 8100 Euro. Mitte Januar überweist die EKR-Fraktion die erste Tranche von 4050 Euro, die zweite begleicht kurz darauf Pretzell.

Doch dann bekommen die EKR-Kollegen Wind vom wahren Ziel des Treffens: Die FPÖ ist eingeladen, obwohl sie nicht zur EKR-Familie zählt – ein Affront, den die Brüsseler Fraktion nicht dulden will. In letzter Minute sagt der slowakische EKR-Mann Richard Sulik seine Teilnahme ab.

Am Tag des Kongresses muss Tritschler, der als „Veranstaltungsleiter“ auftritt, den verdutzten Besuchern eine Programmänderung erklären. Leider habe es bei der EKR-Fraktion „Irritationen“ gegeben, verkündet der AfD-Mann auf der Bühne. Man habe die Rednerliste „etwas verändern“ müssen. Dann zeigt Tritschler hinter sich auf die Leinwand, wo nur noch die Logos von AfD und FPÖ leuchten. „Sie sehen es, die Veranstaltung läuft nicht mehr unter dem EKR-Banner. Aber wir sind froh, dass wir eine andere Lösung gefunden haben. Ich denke, Sie sind auch alle froh.“

Für Pretzell wird das Düsseldorfer Treffen ein Erfolg. Er und seine Partnerin Frauke Petry können sich als Stars der europäischen Rechten in Szene setzen. Doch die Freude währt nicht lange.

Im März verschickt das Kongresszentrum die Abschlussrechnung über 36 137,60 Euro; davon sind noch 28 037,60 Euro offen. Die EKR will nicht zahlen, man fühlt sich von Pretzell getäuscht und verlangt sogar die 4050 Euro Vorschuss von ihm zurück, wie ein EKR-Sprecher auf Anfrage erklärt. Bald darauf wird Pretzell aus der Fraktion geworfen.

Wer sonst soll für Düsseldorf zahlen? Klar ist: Von der AfD kann Pretzell wenig Hilfe